

Verband der Chemischen Industrie e.V. | Mainzer Landstraße 55 | 60329 Frankfurt am Main

Herrn Bundesminister Carsten Schneider
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Naturschutz und nukleare Sicherheit
Stresemannstraße 128
10117 Berlin

DR. MARKUS STEILEMANN
(PRÄSIDENT DES VERBANDES DER
CHEMISCHEN INDUSTRIE)
DR. RALF DÜSSEL
(VORSITZENDER PLASTICS EUROPE
DEUTSCHLAND)

18.06.2025

Dialog zum globalen UN-Plastikabkommen

Sehr geehrter Herr Bundesminister Schneider,

der „Weckruf aus Nizza für ein ehrgeiziges Plastikabkommen“ unterstreicht die Dringlichkeit und Bedeutung der laufenden Verhandlungen. Alle Seiten, von Industrie über Politik bis Zivilgesellschaft, wollen gemeinsam die Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe weiter voranbringen und damit auch die Plastikverschmutzung beenden. Drei Aspekte des Weckrufes brauchen jedoch ein differenzierteres Verständnis, um ein globales Abkommen zu verhandeln, welches alle Beteiligten wirksam umsetzen können:

1) „Die Verabschiedung eines globalen Ziels zur Senkung der Produktion und des Verbrauchs von primären Kunststoffpolymeren auf ein nachhaltiges Niveau“.

Aus wissenschaftlicher Perspektive sollten in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der Analyse von Oxford Economics zu den sozioökonomischen Auswirkungen einer Produktionsobergrenze für neue Kunststoffe¹, betrachtet werden, deren Nachteile hier klar beschrieben werden. Statt starrer Zielgrenzen befürworten wir deshalb eine *starke Ausrichtung auf die Kreislaufwirtschaft* mit zirkulärem Produktdesign einschließlich Zielvorgaben für den Recyclinganteil und einer umfassenden Herstellerverantwortung.

2) „Eine rechtlich verbindliche Verpflichtung zur schrittweisen Abschaffung der problematischsten Kunststoffprodukte“.

Als Grundlage für die Identifizierung und den Umgang mit Kunststoffanwendungen, die zu Umweltproblemen beitragen können, möchten wir Ihnen den von Plastics Europe veröffentlichten Entscheidungsbaum nahelegen², der erstmals bei einer Veranstaltung des BMUV im Oktober 2024 zum UN Global Plastics Treaty vorgestellt wurde. Der Entscheidungsbaum kann als Anleitung dienen, um notwendige nationale Maßnahmen zur Ankurbelung der Kreislaufwirtschaft zu ergreifen oder bei Bedarf die Restriktion von bestimmten Kunststoffanwendungen auf nationaler Ebene anordnen.

3) „Eine rechtsverbindliche Verpflichtung zur schrittweisen Abschaffung bedenklicher Chemikalien in Kunststoffprodukten“.

Die Sicherheit von Kunststoffanwendungen ist essenziell. Hierfür gibt es bereits existierende globale Konventionen zur Chemikalienregulierung (wie z.B. Basel, Rotterdam & Stockholm). Darüber hinaus

sind funktionierende nationale Chemikalienregulierungen notwendig, welche die konkreten Gegebenheiten, Risiken und sozioökonomischen Folgen vor Ort berücksichtigen. Das Global Framework on Chemicals (GFC), das 2023 in Bonn verabschiedet wurde, ist ein Treiber für die Etablierung von nationalen, risikobasierten Chemikalienregulierungen in Entwicklungsländern. Wir appellieren daher an alle Staaten, die bestehenden Verträge auszubauen und den Vollzug sicherzustellen. Wir unterstützen zudem eine verbesserte Transparenz von Chemikalien. Deshalb hat die Internationale Dachorganisation der Chemieverbände (ICCA) eine umfassende Datenbank für Kunststoffadditive entwickelt. Wir würden uns gerne mit Ihnen austauschen, wie ein solches Instrument in das Abkommen aufgenommen werden könnte.

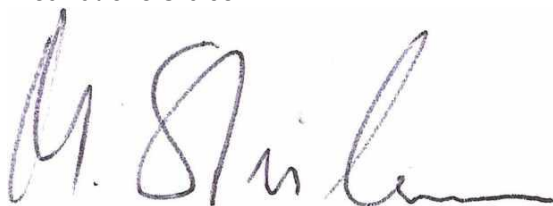
Wir begrüßen ganz besonders, dass Deutschland in Europa wieder eine aktive Rolle anstrebt, weil unsere starke Stimme zählt. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in der Welt braucht es mutige Führung und Brückenbauer. Deutschland muss daher auch eine wesentliche Rolle bei der Ausarbeitung eines ehrgeizigen globalen Abkommens zur Beendigung der Plastikverschmutzung spielen, das den Umweltschutz stärkt und gleichzeitig die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sichert.

Für ein wirksames globales Plastikabkommen als internationales, rechtsverbindliches Instrument für das Beenden der Plastikverschmutzung plädieren wir für:

- Fokussierung auf Maßnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft: Produktdesign, Zielvorgaben für den Recyclinganteil und umfassende Herstellerverantwortung,
- Entwicklung und Ausbau globaler Abfallwirtschaftssysteme,
- Depriorisierung des Einsatzes fossiler Rohstoffe in der Kunststoffproduktion,
- Anerkennung von nationalen Unterschieden in den Infrastrukturkapazitäten und gesellschaftlichen Bedürfnissen sowie Möglichkeit zur Flexibilität bei Innovationen,
- Ausbau bestehender Instrumente zur Chemikalienregulierung.

Für die Gelegenheit zu einem persönlichen Austausch wären wir sehr dankbar und stehen Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Dr. Markus Steilemann
Präsident Verband der Chemischen Industrie e.V.



Dr. Ralf Düssel
Vorsitzender PlasticsEurope Deutschland e.V.

¹ [Mapping the Plastics Value Chain: A Framework to Understand the Socioeconomic Impacts of a Production Cap on Virgin Plastics](#)

² [Plastics Europe Entscheidungsbaum](#)